

## **LA 21- Gemeindetag 2011: Referat Jochen Pildner-Steinburg**

### **Auf der Suche nach der idealen Gemeinde**

Wir leben heute in einer Zeit, die uns allen zunehmend viel abverlangt und in der viele Selbstverständnisse kritisch hinterfragt werden müssen. Das gilt für die Politik genauso wie für uns Unternehmer. Es entspricht nicht dem österreichischen Hang zur Sentimentalität jedoch der harten Realität, dass es dabei nicht entscheidend ist, welche Leistungen jemand in der Vergangenheit erbracht hat (nicht zu verwechseln mit der Frage des Grasser Intimus Meischberger im Provisionsskandal ! ) sondern entscheidend ist heute ausschließlich, ob es auf die drängenden Fragen der Zukunft die richtigen Antworten gibt. Menschen, die weitreichende Entscheidungen zu treffen haben, sind nicht dazu da, um die Realität über den Kamm ihrer Vorstellungen oder gar ihrer Eitelkeiten zu scheren, sondern sie müssen ihr Umfeld nach bestem Wissen und Gewissen den Anforderungen von morgen anpassen.

Stellen sie sich vor, ich hätte mein Unternehmen, die GAW, genau so organisiert und geführt, wie es mir mein Vater mir nach seinem frühen Tod mit 50 Ma u. 25 Mio S hinterlassen hat. Nach wenigen Jahren wären wir wahrscheinlich in Konkurs gegangen, statt ein internationaler Konzern mit heute 1200 MA. Nicht deswegen, weil mein Vater ein schlechter Unternehmer gewesen wäre, ganz im Gegenteil, aber wie hätte er in den 1970er Jahren wissen sollen, was die Anforderungen der globalisierten Welt von heute sind?

Gerade in den letzten 2 Jahren sind wir alle unter dem Eindruck der Finanzkrise unter Rechtfertigungsdruck geraten. Die Menschen erwarten sich zu Recht, dass die sogenannten Eliten ( dazu zähle ich auch die Politiker, die uns führen sollten ) mit ernstem Bemühen danach streben, den Menschen eine möglichst faire Chance zu bieten, damit sie eine möglichst hohe Qualität des Lebens nachhaltig auch für weitere

Generationen erreichen können. Das ist unsere Messlatte und das gilt natürlich auch für Bürgermeister.

Dazu ist es aber notwendig, beständig auf die wechselnden Anforderungen aktiv zu reagieren, am besten sogar, sie zu antizipieren. Die Erfolgreichen waren und sind auch heute nicht die Bewahrer und nicht die revolutionären Jakobiner sondern die pragmatischen Evolutionäre.

Ein Teil des Erfolgs z.B. skandinavischer Gesellschaften ist eben dieser offene, pragmatische Zugang zu den Dingen. Sie vermeiden den romantischen Hang an Strukturen, der uns Österreicher so prägt, sie schauen auf das Notwendige und schaffen es, im breiten Konsens erstaunliche Veränderungen zustande zu bringen.

Nehmen sie Schweden in den 1990er Jahren her. Die haben das Volkshaus Schweden unter einer sozialistischen Regierung radikal umgebaut, haben sich seither zu Budgetüberschüssen verpflichtet und lachen heute der Krise mit einer Staatsverschuldung von 47 % und 5 % Wachstum ins Gesicht. Der gelernte Österreicher sagt jetzt ganz sicher:

Ja, das geht halt nur in Schweden, weil bei denen ist ja alles ganz anders als bei uns !

Dann schauen wir auf die Finnen: die sind nach dem Ende der Sowjetunion fast kollabiert, aber sie haben ihr Land radikal umgebaut, voll auf Bildung und Forschung gesetzt und sich mit dem eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen.

Die Dänen wiederum haben gemerkt, dass ihre herkömmliche Gemeindestruktur nicht mehr die Grundlage bietet, die Herausforderungen einer Industriegesellschaft im 21. Jahrhundert zu bewältigen und haben gemeinsam eine Reform durchgezogen, wo 2007, nach einem Jahr Diskussion, am Ende 93 von rund 280 Gemeinden verblieben sind – inklusive einer parallelen Reform der Staatsverwaltung.

Ich weiß -Die Steiermark ist nicht Dänemark und man kann das nicht vergleichen! Das stimmt ohne Zweifel, denn die Steiermark ist kein Staat sondern ein österreichisches Bundesland und hat 542 Gemeinden!

Aber was hat die Gemeindereform den Dänen gebracht?

Richtig, zuerst einmal Kosten, denn keine Systemumstellung ist nun mal gratis zu haben. Die Effekte waren aber vielmehr mittelfristiger und qualitativer Natur. Und ab dem dritten Jahr waren dann Einsparungen von 50 M € allein bei den Organkosten jährlich möglich. Wesentlichster Punkt der Reform waren: Qualität und die Sicherheit der Verwaltung und der öffentlichen Aufgaben hat nachweislich massiv gewonnen.

Im Übrigen hat ganz Europa und nicht nur die Steiermark mit ähnlichen Problemen in den Gemeindestrukturen zu kämpfen und sucht intensiv nach Antworten. Diese fallen so unterschiedlich wie ähnlich zugleich aus. Die Gemeinsamkeit ist – jeder geht konsequent in größere Strukturen, hebt Synergiepotentiale und professionalisiert das Umfeld, bei gleichzeitigem Bemühen, die Bürgernähe nicht zu verlieren. Auch das Argument der ev. verloren gehenden Identifikation muss ernsthaft beachtet werden. Deshalb braucht es für Gemeindereformen ein gut vorbereitetes Projekt und oft monatelange Debatten. Als gelungene Beispiele führe ich die Verbandsgemeinden in Deutschland oder die Gemeindereform in der Schweiz an.

Für „ die „ ideale Gemeinde kann es kein Küchenrezept geben und sicher nicht seitens der Industrie (wenngleich wir uns einbilden, was Organisation und Management betrifft schon Profis zu sein, auch wenn sich kommunale Gebilde mit Unternehmen nur sehr schwer vergleichen lassen, aber es gibt zumindest einige Fixpunkte:

Die Attribute einer modernen Gemeinde sind:

1. strukturstark,
2. finanzsicher, steht finanziell auf eigenen Beinen
3. effiziente Verwaltung
4. eine hohe Qualität und Sicherheit der Verwaltungsprozesse und
5. bürgernah.

Betrachten wir zunächst Finanz- und Strukturstärke

Unbestrittene Tatsache ist, und die kann keiner wegdiskutieren, es gibt unterkritische Größen. Wo sind die Grenzen zur richtigen Größe zu ziehen?

Ein Argument legt alleine schon der Finanzausgleich fest. Unter 10.000 EW bekommt eine Gemeinde in der Steiermark 503 € je Einwohner, über 10.000 EW 559 €, macht in der Differenz ein erkleckliches Sümmchen (nämlich 64 M€ wenn alle in Gemeinden über 10.000 EW lebten). In Salzburg bekommt man übrigens 586 und 676 € zum Vergleich, die durchschnittliche Salzburger Gemeinde hat 4.452 EW, die durchschnittliche Steirische 2.225 EW.

Man kann europäische Durchschnittswerte anlegen: Es gibt nur 3 Länder in der EU, die durchschnittlich weniger als 5.000 Einwohner je Gemeinde haben: Frankreich, Slowakei und Österreich. Dazu kommt noch die Schweiz. Der Mittelwert in der EU liegt bei 19.610 EW je Gemeinde!

Mehrere Untersuchungen haben gezeigt, dass das beste Verhältnis zwischen Synergie und Wasserkopf bei einer Größe um 20.000 EW liegt. Darunter verliert man Kraft, darüber drohen Bürokratie und Aufgabenschwemme. Im Österreich Vergleich haben lt. Gemeindebund Gemeinden mit 10.000 bis 20.000 EW die geringste Verschuldung aufzuweisen.

Ich will hier bewusst von meiner Seite keine Zahl nennen, aber wer sich unvoreingenommen und ohne die eigene Situation/ Position zu bedenken, mit der Materie beschäftigt, wird selbst seine Schlüsse über eine ideale Gemeindegröße ziehen können. Dazu gehört aber eine gewaltige Portion Mut zur Realität.

Was ist nun die reale Situation der Gemeinden? 85 % der Gemeinden in der Steiermark haben weniger als 2.500 Einwohner. 7 von 10 haben 2009 laut Bundesdaten keinen positiven Abschluss geschafft. Von September 2009 bis September 2010 hat die Verschuldung des Bundes um 5,7 % zugelegt, die der Gemeinden jedoch um 50,18 %. Österreichweit beträgt das Minus der Gemeinden knapp 8 Mrd. €, Tendenz weiter steigend. Die gewaltigen Kostentreiber sind die Soziale Wohlfahrt und die Gesundheit, die zumindest schon ein Drittel der Gesamtkosten ausmachen. Tendenz explodierend, wenn man nur an die Pflege denkt. Es folgt die allgemeine Verwaltung mit 23 %.

Meine Damen und Herren, mit diesen Grunddaten k e i n e Struktur- und Reformdiskussion zu führen, wäre gelinde gesagt mutig!

Die Gemeinden haben aber auch Rechte, die sie in der Diskussion einfordern sollten und da kommen wir zu Effizienz, Qualität und Sicherheit!

Sie haben ein Recht darauf, dass eine ehrliche Aufgabenkritik die Diskussion begleitet. Es ist zu einfach, wenn übergeordnete Körperschaften ihre Probleme einfach nach unten weiterleiten. Stichwort Pflege, Stichwort Kindergärten und einige andere Themen. (Das funktioniert leider auch in die Gegenrichtung, wenn ich an die Spitalsdiskussion denke!).

Die Gemeinden haben ein Recht darauf, dass im Verwaltungsbereich parallel eine Reform aller 3 Ebenen, nämlich Land-Bezirk-Gemeinden

stattfindet. Und eigentlich müsste man auch Bund und die EU mit einbeziehen. Viele Synergien werden nur dadurch zu hebeln sein.

Sie haben ein Recht auf einen fairen und aufgabengerechten Finanzausgleich.

Die Gemeinden haben ein Recht darauf, sich mit ihren Erfahrungen aktiv in die Diskussion einzubringen.

Rechten stehen aber auch Notwendigkeiten gegenüber, man kann auch Pflichten sagen:

Die Frage EDV und Rechnungswesen muss jedenfalls vereinheitlicht und zentralisiert werden.

Standortpolitik kann nicht auf Gemeindeebene erfolgen, sie ist Sache der Regionen und des Landes.

Der bisherige Nicht-Zugang zur Raumordnung und eine mehr als legere Widmungspraxis hat die Steiermark zersplittert, verhüttelt und die Kosten an die Spitze getrieben, hier gehört zentralisiert. Das hat übrigens dazu geführt, dass es in der Steiermark 25.400 km Gemeindestraßen zu betreuen gibt. Es folgen OÖ mit 19.000 km und NÖ mit 17.000 km.

Die Produktivität der investierten Betriebsmittel in Gemeindehand muss optimiert werden – Wirtschaftshöfe, Straßenverwaltung etc., denken sie nur an das Beispiel Straßenkilometer. Bei 542 Einheiten gilt es ein enormes Potential zu heben. Glauben sie meiner langjährigen Erfahrung in der Industrie: beim ersten Durchgang und bei entsprechender Sorgfalt sind 20 % garantiert!

Komplexe und technisch anspruchsvolle Verfahren gehören auf eine andere Verwaltungsebene. Bauverfahren in die Bezirks-, Regional- oder Landesebene, Betriebsanlagenverfahren zumindest auf Regionesebene.

Warum sage ich das? Ich kann keine Abteilung mit Top-Juristen dafür einrichten, dass sie pro Jahr 3 adäquate Fälle zu behandeln hat. Ich darf

aber nicht aus diesem Grund diese Fälle in weniger versierte Hände geben sondern muss einfach größere Strukturen wählen.

Der steigende Sozialaufwand einer alternden Gesellschaft kann unmöglich von kleinen Gemeinden getragen werden. Hier sind ganz neue Herangehensweisen dringend notwendig.

Zu guter Letzt ist auch die Ausdünnung der Bevölkerung in der Peripherie anzusprechen, eines der drängendsten regionalen Probleme der Steiermark. Wenn da 542 Einheiten - jede für sich alleine - versuchen, Lösungen zu finden, ist das Scheitern vorprogrammiert.

Meine Damen und Herren!

Eine Gemeindereform ist kein Selbstzweck und kann auch nicht losgelöst von einer allgemeinen Reform gesehen werden. Sie muss dem notwendigen Umbau unserer Strukturen in Richtung eines modernen leistungsfähigen Dienstleistungsstaates dienen und hier liegt das vitale Interesse der Industrie. Die ideale Welt wird es nicht geben, aber ich muss versuchen, nach ihr zu streben.

Abschließend noch eine Kernfrage: Ist dies mit Kooperationen zu erreichen oder mit Zusammenlegungen?

Natürlich ist ein ernst gemeintes Kooperationsmodell, das auch klare Verpflichtungen zur Abgabe diverser Aufgaben an eine gemeinsame Struktur vorsieht, eine Möglichkeit. Wir wissen aber alle, dass man auch bei guten Kooperationen unendlich viel Zeit und Mühe aufbringen muss und am Ende immer der Kompromiss anstatt einer Lösung droht. Ein Umstand, den wir uns eigentlich kaum mehr leisten können. Wobei ich jetzt ganz klar von der Verwaltungseinheit Gemeinde spreche und nicht vom sozialen Gefüge Gemeinschaft, das sich ja völlig unabhängig von Verwaltungsgrenzen etabliert hat und weiter etablieren wird. Z.B. in Graz werden sich der Trachtenverein St. Peter und der Singkreis Gösting kaum je begegnen und trotzdem leben beide zufrieden in Graz.

Man muss sich also fragen, was spricht dagegen, die Dinge von vornherein klar und mutig durchzuziehen?

Ein Schaden für die Bevölkerung?

Es können ja im ganzen restlichen Europa nicht nur Masochisten leben, die sich von größeren Strukturen benachteiligen lassen. Wenn eine Reform gut gemacht ist, wird sie der Bevölkerung nützen und der Identität nicht schaden. Nicht umsonst hat ein Online Voting der Kleinen Zeitung Anfang Oktober ergeben, dass 70 % eine Gemeindezusammenlegung befürworten.

Ich glaube, der Hauptgrund des Problems liegt im völlig zu respektierenden Unbehagen, dass all jene, die sich bis jetzt voll engagiert haben, keine Anerkennung mehr finden. Wir müssen daher – und das ist unsere gemeinsame Aufgabe bei einem solchen Unterfangen - jenen, die sich bisher so massiv eingebracht haben und sicherlich gute Arbeit geleistet haben, das Gefühl geben, dass

- a) eine Reform keine Schuldzuweisung für bisher falsches Handeln ist,
- b) dass es nicht um kaltes Wegrationalisieren geht und dass
- c) das persönliche Engagement auch in neuen Strukturen dringend benötigt werden wird.

Nur wer den Menschen achtet, wird auch die Unterstützung für das Notwendige bekommen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.